

Aufwärts

Christlich-nationales Tageblatt
mit der Sonntagsbeilage „Für Herz und Haus“.
Herausgeber O. Jäger.

Bezugspreis:

Ersteinst wöchentlich sechs Mal. — Preis: Bei der Post gefordert
oder durch Boten zugestellt vierteljährlich 2.40 Mk. Durch den
Briefträger einschließlich Postgebühren 2.82 Mk.

Anzeigenpreis:

Die einspaltige Zeile oder deren Raum 20 Hg., Restzeilen
jeile 1.00 Mk. Beilagen nach vorheriger Vereinbarung.
Schluß der Anzeigen-Nachnahme nachmittags 3 Uhr.

Nr. 62.

Bielefeld-Bethel, Freitag, den 14. März 1919.

Jahrgang 1.

Der Herr ist unser Richter, der Herr ist unser Meister,
der Herr ist unser König, der hilft uns. Jesaja 33, 22.

Weshalb wird die Hungerblockade aufrechtgehalten?

In der sozialistischen „Glocke“ bringt Dr. Paul
Lenz zu dieser Lebensfrage unseres Volkes Aus-
führungen, die es wert sind, im ganzen Volke bekannt
zu werden:

Die Lebensmittelnot Europas ist nicht dem Mangel an
Lebensmitteln in der Welt zuzuschreiben, sondern lediglich
dem Mangel an Transportmöglichkeiten. Jahrelang ver-
darben deshalb viele Millionen Tonnen Getreide in Über-
see, besonders in Australien. Die Frachtraumnot und die
groteske Höhe der Seefrachten hatte eine derartige Höhe der
Preise für Getreide und Futtermittel herbeigeführt, daß
die Ententeeregierungen sich gezwungen sahen, durch Ga-
rantie entsprechend hoher Preise ihren Ge-
treideproduzenten den nötigen Anreiz zum Anbau für
Körnerfrüchte zu geben. Die Gesetze sichern noch für das
Jahr 1919 den Agrariern in England wie in Frankreich,
Italien und Amerika exorbitante Preise zu. Die Folge war,
daß besonders in der amerikanischen Union die Anbaufläche
für Weizen auf Kosten der Fläche für Baumwolle und
Mais enorm stieg. Da Amerika nun noch aus dem vorigen
Jahre ungefähr eine Million Tonnen davon Restbestand
hat, so wird es ungefähr 16 Millionen Tonnen Weizen für
die Ausfuhr zur Verfügung haben. Rechnet man hierzu noch
die Überschüsse aus Argentinien, Australien und Kanada,
so stehen rund 30 Millionen Tonnen Weizen für die Ver-
sorgung Europas zur Verfügung. Dieses gewaltige Über-
angebot hat schon jetzt begonnen, auf die Preise zu drücken.
Nach sachmännischen Angaben des Frankfurter Handels-
blatts stellt sich heute die Tonne argentinischen Weizens frei
an Bord Buenos Aires auf zirka 52,5 Dollars Gold, wäh-
rend der durch die nordamerikanischen Garantiegesetze dem
amerikanischen Agrarier zugesicherte Preis frei an Bord
Amerika 69 bis 70 Dollars ist. Da nun inzwischen die See-
frachten auf ein Viertel der Kriegsrate zurückgegangen
sind, so stellt sich der argentinische Weizen in England auf
57 Schilling gegen den in England garantierten Inlands-
preis von 72,6 Schilling. In Frankreich und Italien
kostet der gleiche Weizen 35 Franks, der garantierte
Inlandspreis beträgt dagegen 60 Franks.

Das Problem für die Finanzkapitalisten der Welt be-
steht nun darin: was soll man mit der entsetzlichen Über-
fülle billigen Weizens machen? Die Agrarier aller Län-
der bestehen auf ihrem Schein, und in der Tat sieht sich
Amerika jetzt genötigt, den angebauten Weizen auf Staats-
rechnung zu übernehmen, natürlich zum garantierten Preise.
Was es mit dem Überschuß machen soll, weiß es selber noch
nicht recht, unter allen Umständen aber schaltet es das ein-
st so beliebte „freie Spiel der Kräfte“ sorgfältig aus, da es
sonst einen Preisfall auf zirka die Hälfte der Kosten erleben
könnte, der der Union einen Verlust von ungefähr einer
Milliarde Dollars verursachen würde. England hat schon
während des Krieges den Brotpreis künstlich niedrig ge-
halten, indem es den Bäckern eine Zuluße zahlte, die der
englischen Regierung jährlich eine Milliarde Mark — in
Vorkriegswaluta berechnet — kostete. Auch in Italien und
Frankreich geht die Differenz zwischen dem garantierten
Inlandspreis und dem schon heute möglichen Einkaufspreis
in Argentinien in die Milliarden Franken.

Das ist nun der wahre Grund, um dessentwillen die
Bourgeoisie der Entente die Hungerblockade gegen Deutsch-
land aufrecht erhält. Nicht politische Gründe sind maß-

gebend, sondern lediglich der bedrohte Kapitalprofit.
Niemals ist der Brennspruch: vae victis! fürchterlicher in
die Erscheinung getreten, als diesmal gegen Deutschland,
dessen Jugend man kaltblütig abschachtet, nur damit die
Kapitalistenklasse des „Völkerbundes“ ihren ausgemachten
Profit einheimen kann. Bezeichnend ist, daß man von
diesen wahren Gründen der Aushungerungspolitik ängstlich
schweigt, und immer noch das irrtümliche Gerücht im Munde
führt, man brauche die Blockade als „Druckmittel“ gegen
etwaigen deutschen Widerstand. Es ist in der Tat so, als
wolle der Kapitalismus, bevor er als die Welt beherrschende
System zusammenbricht, sich noch einmal in seiner
ganzen Scheußlichkeit zeigen, und es liegt ein tiefer Sinn
darin, daß er seine blutigsten Krallen jetzt gerade gegen
das Land richtet, in dem die höhere Gesellschaftsordnung
des Sozialismus sich ihren Weg zu bahnen und damit den
Kapitalismus zu überwinden droht, gegen Deutschland, und
zwar gegen Deutschland als Gemeinschaft, als Nation, nicht
gegen die deutsche Arbeiterklasse im besonderen.

Aus dieser Situation heraus hat die Ententebourgeoisie
auch den Neutralen den freien Bezug gesperrt. Sie hat ihnen
zwar die Rationen erhöht, aber sämtliche Einkäufe müssen
durch das Allgemeine Einkaufsbureau in London gehen, das
die Preise vorschreibt und die Belieferung von ganz Europa
übernimmt. Man sieht, diese Sorte von „Kriegssozialis-
mus“ am Ende des Krieges ist noch bezaubernder als die zu
Beginn. Zugleich aber soll die gigantische Leistung nicht
verkannt werden, die rein organisationstechnisch hier zutage
tritt. Früher hatte man wohl geglaubt, die Zwangswirt-
schaft nach dem Kriege deswegen aufrechterhalten zu müssen,
weil sonst die Preise durch hastige Nachfrage ungesund
steigen würden. Jetzt ist das Gegenteil der Fall. Im
Hauptnahrungsmittel, im Brotkorn, ist eine derartige Über-
fülle vorhanden, daß man bei Wiederherstellung der freien
Wirtschaft einen vollkommenen Preissturz erwartet. Und
hier, wo die Bourgeoisie der Entente ihren Profit bedroht
steht, schreift sie von „kriegssozialistischen“ Maßregeln nicht
einen Augenblick zurück.

Allein alle Dinge haben ihre Grenzen. Und wenn man
Europa unter Einschluß der Finnen, Polen, Russen und
Türken reichlich mit Getreide versieht, was zusammen unge-
fähr 18,5 Millionen Tonnen Getreide ausmachen würde,
so blieben immer noch 10 bis 12 Millionen Tonnen übrig,
für die als Abnehmer nur Deutschland und Österreich in
Frage kämen. Die Union, wo, wie gesagt, die Hauptvorräte
an Getreide liegen, wird sich also zu überzeugen haben, ob
sie nicht angesichts der drohenden Verluste aus seiner Preis-
garantie vorziehen sollte, Deutschland im großen Maßstabe
zu beliefern. Auch an Futtergetreide, besonders an Mais
ist ein ungeheurer Überschuß vorhanden. Was hier nötig
ist, ist ein großzügiges Finanzabkommen mit der Union,
das die Versorgung Deutschlands mit Getreide und Futter-
mitteln sowie sonstigen Rohstoffen zum Ziele hat. Es wird
sich bald herausstellen, ob unseren Unterhändlern ein der-
artiger Abschluß gelingt. Bis jetzt sieht es allerdings noch
nicht danach aus. Der Wahnsinn aber des kapitalistischen
Tollhauses kann nicht drastischer geschildert werden als durch
den Widerspruch, den wir freilich im kleineren Maßstabe
in der kapitalistischen Welt schon immer gewohnt sind, der
aber jetzt in der Weltrevolution seinen Gipfel erklommen
hat: die eine Hälfte der Welt verkommt in Hunger und
verfällt aus Mangel an den elementarsten Bedarfsartikeln
dem Bolschewismus und dem totalen Zusammenbruch ihrer
Volkswirtschaft, die andere verkommt im Überfluß und
weiß nicht wohin mit den riesigen Überschüssen und
Lebensmitteln!

Doch eine Weltdeutsche Republik?

Die „Köln. Volkszig.“ meldet:

Am 10. März, nachmittags, hat in Köln im Zivil-
kafé eine gut besuchte Versammlung von Freunden der
Errichtung eines im Rahmen des Deutschen Reiches zu
bildenden Westdeutschen Freistaates der Länder
am Rhein und angrenzenden Gebiete stattgefunden. Sie
tagte unter Vorsitz des Konsul Heinrich von Stein
und kam zu folgender Entscheidung:

Auf Grund des anerkannten Selbstbestimmungsrechts
der Völker sind die unterzeichneten Freunde der
Westdeutschen Republik zusammengetreten und
haben nachstehende Rundgebung einmütig beschlossen:

1. Wir verlangen, daß unser Geschick lediglich durch
unsere Selbstbestimmung entschieden wird.
2. Wir sind
Deutsche, deshalb wollen wir unter allen Umständen un-
trennbar im Verbands des Deutschen Reiches verbleiben.
3. Wir wehren uns für alle Zeit gegen eine Abtrennung
deutschen Gebiets im Westen und gegen jede uns aufge-
zwungene Staatsform. Rheinland, Nassau und
Rhein Hessen müssen ein einheitliches Staats-
gebilde darstellen. Der Anschluß der Rheinpfalz,
von Westfalen und Oldenburg ist dringend er-
wünscht.
4. Wir sind fest davon überzeugt, daß wir mit
unserem Verlangen dem Völkerverfrieden eine Brücke bauen.
Die aus freier Selbstbestimmung erfolgte Vereinigung der
Länder am Rhein zu einem Westdeutschen Freistaat wird
eine „Friedensrepublik“ sein. Sie bietet die nötige Ge-
währ für den Frieden Europas, bildet einen Damm gegen
bolschewistische Überflutungen und sichert die friedlichen
Beziehungen zwischen Westen und Osten.
5. Daher wollen
wir die sofortige Errichtung der Westdeut-
schen Republik und erwarten von den zuständigen
Stellen die unverzügliche Zulassung einer Volks-
abstimmung in den beteiligten Gebieten.

Unterzeichnet ist die Erklärung von folgenden Personen:

Prof. Dr. jur. Fritz Stier-Somlo, Hauptredakteur Dr.
Karl Hoeber, Verleger Kommerzienrat Dr. jur. Albert
Hhn, Konsul Heinrich von Stein, Verleger Franz K. Ba-
chem, Frau Robert Bachem-Sieger, Schriftsteller Dr. Coer-
per, Geh. Kommerzienrat Max von Guilleaume, Ober-
pfarrer Bertram Kappert, Mitgl. d. Preuß. Nat.-Vers. Frau
Grete Krohn, Fabrikant Reg.-Assessor a. D. Emil Pastor,
Nachen, Chefredakteur Kurt Rademacher, Univ.-Prof. Geh.
Medizinalrat Dr. Th. Rumpf, Bonn, Ingenieur Jos. Kofe-
meyer, Klempnermeister Pet. Welter, u. v. a.

In letzter Zeit war es etwas stiller geworden über der
Frage der Gründung einer Westdeutschen Republik, die
vor einiger Zeit die Gemüter sehr erregte. Es ist zu be-
dauern, daß auch jetzt noch wieder versucht wird, die Sache
ins Rollen zu bringen, und es sind immer dieselben Kreise,
die dafür Stimmung zu machen suchen. Die Proteste gegen
eine Westdeutsche Republik, die aus sehr vielen Städten
und Dörfern des rechtsrheinischen Gebietes laut geworden
sind, sind doch sicher auch in Köln gehört worden. Man
sollte annehmen, daß dieselben beachtet worden wären. Es
wird nicht ausbleiben, daß auch jetzt wieder scharf Stellung
gegen obigen Beschluß genommen wird, und eine ganz
unbeeinflusste Volksabstimmung würde zweifellos in
dem Mehrreim ausfallen: Sei's trüber Tag, sei's heit'rer
Sonnenschein, wir sind ja Preußen, wollen Preußen
sein.

Aus der Waffenstillstands- Kommission.

Auf eine deutsche Beschwerde über schlechte Er-
nährung deutscher kranker Kriegsgefangener in einem
unverwundener Lazarett teilte die belgische Kommission
mit, daß die deutsche Klage berücksichtigt worden sei.
Die Belgier gaben ferner bekannt, daß auch
belgischerseits Maßnahmen vorbereitet werden, welche
die Aus- und Umbettungen gefallener deutscher Kriegs-
ger in belgischer Erde verbieten sollen. Die deut-
schen Kriegesfriedhöfe sollen so wie die der Alliierten
unterhalten werden.

In einer der früheren Sitzungen hatte die französische Kommission von Deutschland bestimmte Auskünfte über die gegenwärtig fahrbereiten deutschen Geppeltine verlangt und außerdem versucht, einer französischen Mission die Befichtigung der verschiedenen deutschen Luftschiffstationen zu gestatten. Da die verlangten Auskünfte schon einmal erteilt worden sind, die Befichtigung von Luftschiffstationen aber keine Begründung im Waffenstillstandsabkommen finden, die Forderungen deutscherseits abgelehnt.

Der Vertreter der deutschen Regierung legte die Alliierten in Kenntnis, daß infolge der Streikbewegung in Deutschland weitere Stauungen im Abtransport der landwirtschaftlichen Maschinen eingetreten sind.

Friedens-Vorbereitungen.

In der Geschäftsstelle des Auswärtigen Amtes für die Friedensverhandlungen fand unter dem Vorsitz des Reichsministers des Auswärtigen, Grafen von Brockdorff-Rantzau, eine Vollziehung der Vertreter der verschiedenen an den Friedensverhandlungen beteiligten Reichsbehörden, sowie der zahlreichen, von den einzelnen Interessentenverbänden vorgeschlagenen Sachverständigen statt. Insgesamt waren etwa 90 Personen anwesend.

Der Reichsminister wies in einer einleitenden Ansprache darauf hin, daß den vorliegenden Pressenachrichten zufolge, um den 20. d. M. endlich mit dem Beginn der Verhandlungen für den Abschluß des Friedens gerechnet werden dürfe. Es sei daher angezeigt, in dieser Woche in gemeinsamen Sitzungen das von den verschiedenen Reichsämtern für die Verhandlungen gelieferte umfangreiche Material noch einmal durchzusprechen und über die den deutschen Unterhändlern zu erteilenden Instruktionen völlige Klarheit zu schaffen.

Hierauf erstattete der mit der Vorbereitung der Friedensverhandlungen beauftragte Vorkämpfer Graf Dietrich von Bülow einen allgemeinen Bericht über Deutschlands Stellungnahme zu den bei den Verhandlungen zu erwartenden politischen und territorialen Fragen, während Geheimrat Legationsrat Schmitt und Ministerialdirektor Simons entsprechende Berichte über die bei den Friedensverhandlungen zu lösenden handelspolitischen und völkerrechtlichen Probleme erstatteten. Darauf schloß sich eine eingehende Diskussion.

Die Gefahr für den Osten.

Erstehender Bolschewiken-Einfall.

Wie von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, ist der Einbruch der russischen roten Armee in Ostpreußen sicher zu befürchten. Die Armee, die zurzeit noch Kurland heimsucht, leidet dort unter dem Mangel an Lebensmitteln, weshalb sie sich mit der Absicht trägt, sobald die Vorräte dort gänzlich aufgebraucht sein werden — was in wenigen Wochen der Fall sein dürfte — in Ostpreußen einzufallen. Die deutschen Grenztruppen, die nur aus schwachen Kräften bestehen, sind zudem wenig zuverlässig.

Etwa 10 bis 15 Prozent der deutschen Grenztruppen kommt für eine wirksame Verteidigung nicht in Frage, so daß ans wahrscheinlich keine andere Möglichkeit übrig bleiben wird, als von der Entente Unterstützung gegen den Bolschewismus zu verlangen.

Der Familienabend des Jugendvereins.

Von Rektor H. B. d. m. a. n. n., Bielefeld.

Die Wasserleitung war an einem Krahn nicht dicht. Es wurde der Handwerker geholt, der einige Tage vorher schon dieselbe Stelle ausgebessert hatte. Zu seiner Entschuldigung sagte er: „Das kommt von dem Gummieris, richtiges Gummi kann man wegen des Krieges nicht mehr kaufen, und der Ersatz ist nur ein Notbehelf.“ Ja, die Engländer haben uns so von aller Welt abgeschnitten, daß wir nicht selten auf Ersatz angewiesen sind. Je länger der Weltkrieg dauert, desto mehr Ersatzmittel liefert uns die Volkswirtschaft. Dafür wollen wir dankbar sein. Jedoch läßt sich nicht leugnen, daß der Ersatz in der Regel etwas Minderwertiges ist. Man denke sich ein Kleidungsstück aus Papiergewebe. Es ist doch ein schlechter Ersatz für Leinen und Wolle. Selbst der ausländische Kaffee, der an und für sich wenig Wert hat, läßt sich durch ein Erzeugnis der Heimat nicht vollkommen ersetzen.

Die Spartaner brachten die Knaben nach Vollendung des sechsten Lebensjahres in Erziehungshäuser. Hier wurden sie auf Staatskosten gepflegt und erzogen. Schon im 7. Jahre wurde der Knabe dem Einfluß seiner Familie entzogen. Dadurch wollte man die Zukunft des Staates sichern. Aber das Gegenteil wurde bewirkt. Sparta ging zugrunde. Das Elternhaus mit seinem geordneten Familienleben ist für die Jugend unentbehrlich die beste Pflanzstätte des Charakters. Einen vollwertigen Familienersatz gibt es nicht. Krippen, Kleinkinderschulen, Kindergärten und Kinderhorte sind nur ein Notbehelf. Mag ein Jugendverein noch so gut geleitet werden, ersetzen kann er den Jugendlichen das Elternhaus nicht. Einen vollwertigen Familienersatz gibt es nicht. Warum hat denn die Familie die große Bedeutung für die Erziehung? Weil Liebe, Gemütsnähe und Arbeitsamkeit die drei Pfeiler sind, von denen das Elternhaus getragen wird. Niemand hat die Kinder so lieb, als Vater und Mutter, und umgekehrt werden die Eltern von keinem Menschen so geliebt, als von ihren Kindern. Wenn die Liebe allgemein als das Beste in der Welt gepriesen wird, so ist es eine ausgemachte Tatsache, daß sie auch den größten Wert für die Erziehung hat. Welchen tiefen und nachhaltigen Einfluß die Familie auf das junge Geschlecht ausübt, wird uns klar, wenn wir bedenken, daß die Familienglieder, vor allem die Mutter, täglich mit ihm um-

gehen und ihm ihre Gedanken, Gefühle und Gesinnung mitteilen. Das Vorbild der Eltern, der älteren Geschwister und Hausgenossen wirkt mit elementarer Gewalt auf das Seelenleben der Jungen ein. Die Anschauungen des Elternhauses sind ausschlaggebend für die Charakterbildung, weil sie so früh das Bewußtsein des Kindes treffen und immer wiederkehren, also oft wiederholt werden und sich daher tief einprägen. Der Einfluß der täglichen Umgebung ist zu tiefgehend, als daß er durch einzelne Veranstaltungen der staatlich geordneten Jugendpflege überwunden oder ersetzt werden könnte. Daher muß vor allem unser Bestreben dahin gerichtet sein, das Elternhaus für die Jugendherziehung bereit, empfänglich und fähig zu machen. Kein wirksameres Mittel gibt es, das Elternhaus zur tatkräftigen Mithilfe an der Jugendpflege anzuregen, als die Eltern-, Familien- und Volksabende. Sie bieten die beste Gelegenheit, im Volke das Verantwortlichkeitsgefühl der Jugend gegenüber zu wecken und zu stärken, die Familien aus der Gleichgültigkeit aufzurütteln.

Die Jugend darf von der Familie, der besten Pflege- und Erziehungsstätte, nicht getrennt werden. Darum ruft der preußische Jugendpflege-Erlass vom 18. Januar 1911 zur Mithilfe auf, und die anliegenden „Grundzüge und Richtlinien“, die von erfahrenen Jugendpflegern aufgestellt worden sind, fordern die Mitarbeit in der Jugendpflege und die Ergänzung und Weiterführung der Erziehungstätigkeit der Eltern, der Schule und der Kirche, der Dienst- und Lehrherren. Die Eltern und deren Stellvertreter behalten nach wie vor die Pflicht, für das leibliche und geistige Wohlergehen ihrer heranwachsenden Kinder zu sorgen. Das Elternhaus ist und bleibt das wichtigste Vereinshaus; das darf nicht vergessen werden. Gewissenhafte Eltern können gar nicht anders, sie müssen um die Zukunft ihrer Kinder besorgt sein. Wenn sie nicht geraten, sind Vater und Mutter ja auch in erster Linie die Leidtragenden. Jeder Familienabend, der von den Jugendpflegern sorgfältig vorbereitet wurde, ist ein Appell an das Gewissen der anwesenden Eltern, sowie aller Männer und Frauen, die mit Jugendlichen zu tun haben. Diese Bedeutung der Familienabende wird im 12. Satz jener Grundzüge und Richtlinien durch folgende Worte zum Ausdruck gebracht: „Um das Interesse der Eltern, Lehrherren und weiterer Kreise für die Jugendpflege wach zu halten, empfiehlt sich die Abhaltung von Familienabenden, an denen sich die Jugend durch Darbietungen beteiligt, Veranstaltung von

Der Krieg in Berlin.

Allgemeine Lage.

Von den Regierungstruppen ist Neuföhl bis zur Ringbahn besetzt. Nach Norden verläuft die erreichte Linie über den Schlesischen Bahnhof, den Friedrichshain, Güterbahnhof Nord, die Nordgrenze von Moabit. Die Durchführung der Entwaflnung macht gute Fortschritte. Ein Angriff auf Vichtenberg ist beabsichtigt, der Zeitpunkt dafür kann aber noch nicht angegeben werden.

In Vichtenberg.

zeigt sich eine Art von systematischer Organisation der Spartakisten. Die Leitung soll ein gewisser Le wandowski haben, dem einzelne Trupps unterstellt sind, die von Zivilisten geführt werden. Die Spartakisten verfügen auch über Artillerie, und haben im Laufe des Vormittags planlos einzelne Stadtteile Berlins beschossen. Einen militärischen Schaden können sie mit diesem Verfahren ihren Gegnern nicht zufügen. Unter der Zivilbevölkerung sind durch dieses Schießen bedauerliche Verluste entstanden.

Die Regierungstruppen gehen systematisch gegen Vichtenberg vor. Eine Batterie der Spartakisten in der westlichen Gegend Vichtenbergs wurde durch das von Fliegern vorzüglich geleitete Feuer der Freiwilligentruppen in kurzer Zeit zum Schweigen gebracht. Wenn auch bei der Erbitterung des Gegners damit gerechnet werden muß, daß noch Kämpfe bevorstehen, so kann der

Ausgang doch nicht zweifelhaft sein. Es steht zu hoffen, daß Vichtenberg in kurzer Zeit von den Spartakisten befreit sein wird. Die Stadt hat durch die Beschießung gelitten. Besonders in der Balliadenstraße sind eine Reihe von Häusern fast völlig zerstört. In allen Straßen errichteten die Spartakisten Barrikaden von Papierrollen, Kaffeebänken, Wagen und Mobiliar der umliegenden Wohnungen. Die Bewohner der beschossenen Straßen werden von den Spartakisten an der Flucht aus den bedrohten Stadtteilen gehindert.

Die Regierungstruppen haben bereits Teile von Vichtenberg besetzt. Es gelang einem Bataillon unter Führung des Majors K. durchzudringen und vor allem gegen die Siegfriedstraße in Vichtenberg vor-

zurücken. Die Spartakisten waren, als sie die Truppen in ihrer Flucht aufhalten sahen, so überrascht, daß sie zum Teil die Gewehre fortwarfen und sich willig abführen ließen. Ein Teil der Banden flüchtete in die städtische Irrenanstalt Herzberge und versuchte, sich dort zu verteidigen. Nach kurzem Kampfe wurden die Auführer zum Teil überwältigt, zum Teil flüchteten sie durch den Garten auf das freie Feld.

In allen nach Vichtenberg führenden Straßen zogen es mit den Kommunisten erbitterte Kämpfe gegeben. Auf den Dächern der Häuser Elbingerstraße 10-13 hatten sich in der letzten Nacht Schützen eingenistet, um von dort aus mit Maschinengewehren und Handgranaten die ganze Gegend zu beunruhigen.

Gevanzerte Flugzeuge.

und auf Lastautos herbeigeeilte Patrouillen nahmen den Kampf auf. Montag nachmittag lag die Gegend Memeler, Königsberger, Warthauer, Neer-, Wömer-, Vögeler, Fildter, Friedrichsfelder, Pettenlofer, Waldeyer, Mainzer, Liebig-, Weichselstraße, ferner die Franfurter Chaussee und Frankfurter Allee dauernd unter schwerem Maschinengewehr- und Artilleriefeuer.

Die Ausschüsse und Einschlüsse waren weithin deutlich zu vernehmen. Die Spartakisten verfügten über Minenwerfer und Haubizen. Die Regierungstruppen verwendeten auch 15,5-Km.-Langrohrgeschosse, die in der Nähe der Weidingerischen Stiftungshäuser aufgeschossen sind und von dort aus in ausgedehntem Maße Wort mitsprechen. Die Weidinger wurden dauernd von dem Feuer der Spartakisten und der Regierungstruppen bestrichen.

Die Zahl der Todesopfer.

die die Kämpfe ununterbrochen fordern, wächst ständig. Sie läßt sich nach den blutigen Vorgängen in Vichtenberg nicht im entferntesten übersehen. Im Berliner Reichenhause sind weitere 35 Leichen untergebracht worden, so daß allein hier bereits ungefähr 200 Tote liegen. Viele Opfer fordert auch die Verhängung des Standrechts und die Stellung der Marine- und Volksmarine-division unter das Kriegsrecht. So wurden im Berliner Polizeipräsidium allein sechs Matrosen, die im Kampf gegen die Regierungstruppen gefangen genommen worden waren, nach ihrer Vernehmung standrechtlich erschossen.

Aushebung eines Spartakistennetzes.

Bei der Säuberungsaktion, die von den Regierungstruppen gründlich durchgeführt werden mußte, wurden des 2. Marine-Regiments in der Marienstraße auf ein Fremdenlogis, in dem sich nicht weniger als 77 Personen vorfinden, die sich dort versteckt gehalten hatten. Als die Soldaten dort am Montag nachmittag anklopften, erschienen zunächst der Wirt und gab an, daß sich in seinen Räumen niemand befindet. Trotzdem wurde eine Durchsuchung der Räume vorgenommen und hierbei stießen die Soldaten auf eine ganze Reihe Matrosen, Soldaten und Zivilisten, im ganzen 77 Personen, die in dem Fremdenlogis Unterschlupf gesucht und auch gefunden hatten.

Alle hatten mehr oder weniger Grund, sich versteckt zu halten. Verschiedene hatten sich an den Spartakistischen Kämpfen beteiligt, andere gehörten zu den Räubern und Plünderern, die während der Unruhen die Gegend unsicher gemacht hatten. Bei vielen fand man größere Summen, Beträge bis zu 10 000 Mark und mehr, wahrscheinlich der Erlös aus ihrem verbrecherischen Treiben, da sie sich über die Herkunft nicht ausweisen konnten. Auch Waffen wurden in dem geheimen Unterschlupf versteckt gefunden.

Turn- und Spielführungen anlässlich nationaler Feste und dergl. mehr.

Die Jugendlichen wirken an den Familienabenden mit; sie tragen das vor, was sie eingeübt und gelernt haben. Von den Eltern wird das Vorgetragene schon deshalb gern entgegengenommen, weil es durch ihre eigenen Kinder dargeboten wird. Eine solche Veranstaltung kann wohl dazu beitragen, weitere Kreise für die Jugendpflegearbeit anzuregen und zu begeistern. Nur muß man die geeignete Zeit wählen. Während des herrlichen Frühlings und der schönen Sommerzeit darf man keinen Familienabend veranstalten. Die beste Zeit für den Elternabend ist der regnerische Herbst und der kalte Winter, wenn alt und jung an das Zimmer gefesselt sind. Auch dann darf nicht an jedem Sonntag ein Familienabend sein. Das geht schon deshalb nicht, weil jede Veranstaltung sorgfältig vorbereitet werden muß, damit auch wirklich etwas Gutes geboten werde, woran jedermann seine Freude hat. Es muß jedesmal etwas Neues geboten werden. Darum ist es zweckmäßig, wenn im Winterhalbjahr alle vier bis sechs Wochen ein öffentlicher Vereinsabend stattfindet. Durch die zu schnelle Folge der Familienabende würde den Gemeindefreien unangenehme Konkurrenz bereitet. Das muß unter allen Umständen vermieden werden.

Vor allen Dingen müssen wir die Jugend selbst zur energischen Mitbeteiligung heranziehen; sonst kann die Jugendpflege nicht gedeihen. In den ministeriellen Grundzügen und Richtlinien für Jugendpflege heißt es daher: „Zu einer aufbauenden Einwirkung auf die schulentlassene Jugend bedarf es neben der zielbewußten und gezielten und Übung vor allem auch der Erweckung eines selbsttätigen Interesses der Jugend für die Zwecke der zu ihren Gunsten getroffenen Veranstaltungen, bedarf es mannigfacher Gelegenheit zu eigener, tunlichst selbstständiger Betätigung innerhalb und zum Besten der Jugendvereine. Demgemäß empfiehlt es sich, der Jugend möglichst weitgehend Anteil an der Leitung der Vereine zu geben und ihr allerlei Ämter im Vereinsleben zu übertragen.“ Darin ist eine große pädagogische Weisheit ausgesprochen, die psychologisch begründet ist, aber noch viel zu wenig beachtet wird. Der Jugendverein ist eine Arbeitsgemeinschaft. Die jungen Leute wollen beteiligt sein. Wer es versteht, diesen Gedanken in die Tat umzusetzen, der bringt die Jugendbewegung vorwärts, selbst in den schwierigsten Verhältnissen.

... die die Trup-
... so überrascht,
... waren und sich
... Banden flüch-
... überge und ver-
... kurzem Kampfe
... überwältigt, zum
... auf das freie

den. Alle Mann wurden verhaftet und geschlossen
nach dem Berliner Polizeipräsidium abgeführt.
30 von ihnen sind, wie bereits gemeldet, er-
schossen worden.

Ausdehnung der Kämpfe?

Eine Regierungsausschreibung.

Von einer Nachrichtenstelle, die der Regierung
nahestehend, wird folgende Darstellung verbreitet:

enden Straßen-
bitterte Kämpfe
r Eibingerstraße
Nacht Schützen
schinengewehren
zu beunruhigen.

ouillen nahmen
lag die Ge-
r, Heer-, Löwe-
itenlofer, Wal-
er, ferner die
r Mlee
gewehr- und

en weithin deut-
verfügten über
ierungsgruppen
schüge, die in
gehäuser aufge-
schlüsselgebendes
wurden dauernd
der Regierungs-

n, wächst ständ-
Vorgängen in
übersehen. Im
5 Zeichen un-
er bereits un-
fordert auch
die Stellung
on unter das
r Polizeipräsi-
kampf gegen die
n worden wa-
lich erschossen.
nefes.
on den Regie-
werden in
in der War-
dem sich nicht
die sich dort
daten dort am
en zunächst der
einen Räumen
e Durchsicherung
ei stiegen die
osen, Soldaten
n, die in dem
auch gefunden

rund, sich ver-
sich an den
ere gehören zu
hrend der Un-
itten. Bei vie-
träge bis zu
der Erlös aus
sich über die
h Waffen nur-
versteht gefun-

nationaler Feste
ienabend mit;
gelernt haben.
on deshalb gern
nen Kinder dar-
kann wohl dazu
pflegearbeit an-
an die geeignete
hlings und der
ilienabend ver-
end ist der reg-
n alt und jung
darf nicht an
Das geht schon
vorgängig vor-
was Gutes ge-
e hat. Es muß
Darum ist es
der bis sechs
stfindet. Durch
würde den Ge-
itet. Das muß

gend selbst zur
onst kann die
erietten Grund-
weist es daher:
schulenkassene
und Gewöhnung
g eines selbst-
e der zu ihren
rf es mannig-
ändiger Betä-
ndvereingung.
möglichst weit-
eine zu geben
n übertragen."

ausgesprochen,
viel zu wenig
Arbeitsgemein-
sein. Wer es
anzufügen, der
selbst in den

Unverkennbar nimmt die spartakistische Aufrühr-
bewegung weitere Ausbreitung nach Süden und Süd-
westen. Es ist daher an ein baldiges Abflauen der
erbitterten Kämpfe kaum zu denken. Auch in Neu-
Kölln haben die Unruhen größeren Umfang als bis-
her angenommen, und aus diesem Grunde werden
die Regierungstruppen mit aller Energie an die Säu-
berung Rentschels gehen. Der Bahnhof in Lichter-
berg ist von den Spartakisten besetzt. Sie haben alle
Schienenstränge aufgerissen. Spartakistische Streit-
kräfte sollen im Anmarsch auf das Artilleriedepot
Reinholdsdorf sein, um sich in den Besitz des Ge-
schützparkes zu setzen. Gegenüber der unter der Be-
wohnerschaft der südöstlichen Stadtviertel verbreiteten
Meinung, daß die schweren Schäden an Menschen-
leben und Häusern, die durch die heftige Artillerie-
wirkung hervorgerufen sind, von der Beschießung
durch die Regierungsartillerie herrühren, muß darauf
hingewiesen werden, daß die Kommunisten ebenfalls
über nicht zu unterschätzende Artillerie verfügen, die
rücksichtslos eingesetzt wird. Wenn auch der Aufrühr
in der Innenstadt durch die Besetzung der Regierungs-
truppen niedergeschlagen, ein Wiederaufkommen da-
selbst zumindest niedergehalten wird, so beweist doch
die Ausbreitung und die erbitterte Heftigkeit der
Kämpfe an der östlichen und südöstlichen Peripherie
der Stadt, daß mit einer endgültigen Niederschlagung
der Revolte für die allernächsten Tage noch nicht
gerechnet werden darf. Aus diesem Grunde sind wei-
tere beträchtliche Verstärkungen der Regierungstrup-
pen nach Berlin beordert, die zum Teil schon ein-
getroffen sind. Nach der Verhängung des Stand-
rechtes sehen sich die Kommunisten mit einer fana-
tischen Kampfeswut zur Wehr.

Arbeit des Roten Kreuzes.

Nach dem Bekanntwerden der Greuelthaten in
Lichtenberg stellte der Hauptverbandesplatz der Re-
derungsgruppen mehrere Fahrzeuge mit Ärzten, Sa-
maritern und Krankenpflegern zusammen, um den
vielen Verwundeten Beistand zu leisten, da die Spar-
takisten nicht über genügende ärztliche Hilfe

verfügten. Schon auf dem Wege nach Lichtenberg
wurden die Wagen, die unter dem Zeichen des Ro-
ten Kreuzes auch durchgelassen wurden, durch Weite
Anspruch genommen, die sie nach verschiedenen
Häusern riefen, wo Verwundete hineingeholt waren
und dort ohne ärztliche Hilfe lagen. Diese wurden
verbunden und auf die Wagen geladen, um sie später
in ein Krankenhaus zu bringen.

Ueber richtige Schützengräben hinweg, die die
Spartakisten zu ihrer Verteidigung ausgeworfen und
besetzt hatten, gelangten sie endlich auch in die Nähe
des Polizeipräsidiums. Plötzlich stürmte aus diesem
ein größerer Trupp Spartakisten hervor, der sofort
eine größere Freimachung der Straße auch durch das Rote
Kreuz veranlaßte mit dem Hinweis, daß
Regierungstruppen im Anzuge seien.

Aus anderen Häusern stürzten Spartakisten zur
gleichen Zeit mit Flammenwerfern heraus und brach-
ten die Samariter in große Gefahr. Zwei der Wa-
gen wurden von den Spartakisten sofort mit Be-
schlag belegt, die anderen konnten sich noch recht-
zeitig in Sicherheit bringen, mußten aber unvor-
sichtiger Dinge wieder zum Hauptverbandesplatz zurück-
kehren. Die Besatzung der beiden beschlagnahmten
Wagen wurde von den Spartakisten gefangen genom-
men. Von diesen gelang es zweien, zu flüchten.
Die beiden Samariter nahmen auf ihrer Flucht
den Weg über den Lichtenberger Güterbahnhof und
wurden so Augenzeugen der dort durch die Spar-
takisten verübten

Verhaftungen und Plünderungen.

Die Räume des Güterbahnhofs, die sowohl vom
Lichtenberger Magistrat als auch von der Heeres-
verwaltung als Depot benutzt worden waren, sind
völlig ausgeplündert worden. Zum Teil sind die
geraubten Nahrungsmittel in schändlicher Weise ver-
gastet worden. So ist d. Erdboden auf große
Strecken hinaus mit Mehl bedeckt, ebenso
liegen zerbrochene Eier umher. Die geraubten Lebens-
mittel sind n. u. etwa unter der hungernden Be-
völkerung, der es durch die Wirren und die otelen
Geschäftsplünderungen an dem Notwendigsten fehlt,
verstreut worden, sondern von den Plündern wegge-
schleppt worden, wahrscheinlich um die Leute zu Wu-
stheftigen abzuwegen, wie dies in anderen Fällen
ebenfalls geschehen ist.

Das Rote Kreuz wird von den Spartakisten nicht
nur mißachtet, sondern sogar ihrerseits

zu Spionagedienste mißbraucht.
So hatte man mehrere Krankenträger, die bei
den Spartakisten Samariterdienste leisteten, ohne Be-
denken zu dem Hauptverbandesplatz der Regierungs-
truppen zugelassen. Kurz nachdem diese den Ver-
bandesplatz verlassen und wahrscheinlich wieder bei den
Spartakisten angekommen waren, erhielt der Haupt-
verbandesplatz von diesen ziemlich heftiges Mienen-
feuer.

Deutsches Reich.

Aus Oberschlesien.

wurden spartakistische Unruhen gemeldet. In Beuthen
wurde ein Sturm auf die Wache an der Grenzstraße
unternommen, wobei ein Soldat getötet und einer
schwer verletzt wurde. Der Angriff konnte nur durch
Handgranaten abgelenkt werden. Auch aus Laurahütte
wurde über stärkere Unruhen berichtet. Ange-
sichts dessen wollen sich die Aufständischen unter Führung

von Spartakisten mit Gewalt den Übergang über die
Grenze erzwingen, um sich mit den polnischen Ar-
beitern zu vereinigen. In Neuhof (Kreis Kattowitz)
haben die Spartakisten sich sämtlicher Waffen bemäch-
tigt. Gegenmaßregeln sind eingeleitet.

In Oberschlesien sind 25 Schachanlagen aus-
rändig.

Im Ruhrgebiet haben mehrere Bezüge die Arbeit
wieder aufgenommen. Die Gesamtzahl der Streiken
den beträgt 15 600.

Bergarbeiter gegen Decker.

In einer in Senftenberg abgehaltenen Konferenz
der Braunkohlenwerke wurde einstimmig eine Ent-
scheidung angenommen, in der die Sozialisierungs-
vorlage der Regierung begrüßt und zuvörderst eine
Demokratisierung der Betriebe gefordert wird. Die
Bergarbeiter lehnen es aber ab, Experimente vorzu-
nehmen, die geeignet sind, unser Wirtschaftsleben
noch mehr zu verwirren. Sie verurteilen ebenso
die von gewissenloser Seite betriebene Hege gegen
die Gewerkschaften und ihre Führer und richten an
alle Arbeiter des Braunkohlenbergbaues die dringende
Aufforderung, sich nicht mehr zu planlosen Streiken
und Streiks mißbrauchen zu lassen.

Das Ende des Leipziger Bürgerkriegs.

Nachdem in Leipzig der Generalstreik der Arbeit-
er abgebrochen worden ist, ist auch der Bürgerkrieg
für beendet erklärt worden. Die Arbeit soll in allen
Betrieben wieder aufgenommen werden. Doch werden
verschiedene große Fabriken wegen Kohlenmangels ge-
zwungen sein, vorläufig weiter zu feiern. Eine Lohn-
auszahlung für die Feiertage findet nicht statt. Die
Straßenbahnen verkehren. Auch die Zeitungen sind
bereits zum Teil wieder erschienen.

Seine „Verurteilung“ des Kaisers.

Neuer meldet aus Paris: Wie verlautet, kommt
die Kommission zur Untersuchung der Verantwort-
lichkeit in ihrem Bericht zu dem Schluss, daß unter
dem heutigen internationalen Gesetz der Deutsche Kai-
ser und seine Ratgeber nicht vor ein Gericht ge-
bracht werden können.

Hoffentlich bleibt es nun endlich bei dieser Auf-
fassung, die nur selbstverständlich ist.

Die Waffenablieferung an die Entente.

Die im Waffenstillstandsvertrag vorgezeichnete Lie-
ferung von deutschem Kriegsmaterial an die Ent-
ente ist, wie Nudant in einer Note feststellte, am
7. März zum Abschluß gekommen. Das zurückgewie-
sene und überschüssige Material könne deutscherseits
im Brückenkopf Mainz in Empfang genommen
werden.

75 000 Mann deutsche Wehrmacht.

Aus Paris wird gemeldet: Der Oberste Kriegs-
rat arbeitet die Pläne für die Herabsetzung der deut-
schen Wehrmacht auf 75 000 Mann aus. Wenn Deutsch-
land wünscht, darf es diese Armee völlig aus beriti-
nenen Truppengattungen bilden. Hoch und andere
alliierte Oberbefehlshaber studieren die Verteilung die-
ser sechs Divisionen über sechs Korpsbezirke, die dort
ihren Sitz haben sollen, wo früher die Heereskom-
mandos waren.

Ein Generalmajor als Wachposten.

Offiziere als einfache Wachposten sind im Stadt-
bilde Groß-Berlins keine auffällige Erscheinung mehr.
Immerhin aber dürfte es überraschen, daß ein Ge-
neralmajor a. D. in Uniform, ein schon graubärtiger
Herr, sich derzeit der Nähe des Wachsens vor
der Unterstadt unterzieht. Mögen sich Jüngere daran
ein Beispiel nehmen.

Militärfahrtscheine.

Die sogenannten Fahrtscheine werden aufgehoben.
Alle Militärpersonen müssen an den Fahrkartenaus-
gaben Militärfahrtscheine lösen. Nur die Militärfahr-
scheine mit Abschnitt 1 und Kontrollstempel dürfen noch
für Transporte über 30 Mann benutzt werden. Bei
der Lösung der Fahrkarten sind nur besonders vor-
geschriebene Ausweise vorzulegen, die nur dann Gültig-
keit haben, wenn sie neben der Unterschrift der
zuständigen Militärbehörde mit dem Dienststempel des
zugehörigen Truppenteils versehen sind.

Soldatenräte sind zur Ausstellung dieser Aus-
weise nicht berechtigt. Jeder Urlauber muß künftig
außer dem Urlaubsschein noch einen dieser Ausweise
zur Lösung der Militärfahrtscheine erhalten. Die Mi-
litärversionen, die ohne Lösung von Fahrkarten zur
Reise nicht mehr zugelassen werden dürfen, sollen
den Eisenbahnbefriedigten an den Schaltern, Sperren
und in den Zügen ihren schweren Dienst nicht noch
weiter erschweren.

Ausland.

Der Anschlag auf Präsident Wilson.

Aus einem Krakauer Blatte geht hervor, daß
der Attentäter auf Präsident Wilson ein Pole ist.
Er führt den Namen Rogowski und hat sich in
Boston unter das Hotelpersonal gemischt in jenem
Hotel, wo Wilson abgestiegen war. Er wurde auf
der Treppe zum Zimmer Wilsons verhaftet und unter-
sucht. Man fand bei ihm Dolch, Revolver und
Eisler. Er gab beim Verhör an, er habe deshalb
den Anschlag auf Wilson verüben wollen, weil dieser
nicht zu Gunsten Polens eingetreten sei, wie man es
von ihm erwartet habe. Die polnische Presse in
Krakau sucht die Sache so darzustellen, als sei Ro-
gowski mit antipolnischem Gelde erkaufte worden, um
so die Schuld den Polen in die Schuhe zu schieben.

Das russische Papiergeld.

Russische bolschewistische Kreise versuchen mit aller
Energie, die so gut wie wertlosen Rubelnoten der
russischen Sowjetregierung aus den Jahren 1918 und
1919 in Deutschland unterzubringen. Das Reichs-
schatzamt hat der Nationalversammlung nunmehr ein
Gesetz vorgelegt, das den russischen Rubel in
Deutschland als Zahlungsmittel und den Handel mit
Rubelnoten verbietet.

Durch diese Maßnahme würde der bolschewisti-
schen Bewegung in Deutschland erheblich Abbruch ge-
tan werden. Denn alle Summen, die im Ofen des
Reiches an Soldaten und Privatpersonen als Beset-
zung gezahlt werden, oder die zur Propaganda des
Bolschewismus in Deutschland erfolgen, werden in
Rubel gezahlt. Es liegt klar auf der Hand, daß
die russischen Rubelnoten, deren Einführung völlig
illusorisch ist, nicht den geringsten Wert besitzen.

Das Ende der Wehrpflicht in Europa.

Berlin, 11. März. Die „Bosnische Zeitung“ meldet:
Ein Pariser Funkspruch besagt: Der Oberste Kriegsrat der
Alliierten hat den Antrag Lord Georges angenommen,
demzufolge in ganz Europa die Wehrpflicht aufgehoben
wird. Überall soll an ihre Stelle das Freiwilligen-System
treten.

Französisches Gesetz gegen die revolutionäre Propaganda.

Basel, 12. März. Die „Morningpost“ meldet aus
Paris: Pichon kündigte in der Kammer eine Vorlage an,
die die Betätigung bolschewistischer Propaganda der Tat
in Frankreich unter Strafe der Deportation stellt.

Zur Auslieferung der Handelsflotte.

Rotterdam, 12. März. „Times“ meldet aus Paris:
Die neue Forderung der Verbündeten auf Auslieferung
der Handelsflotte für die Lebensmittelversorgung wird
befristet sein. Die Verbündeten können Deutschland nur
eine Frist von fünf Tagen zur Annahme zugestehen.

Rotterdam, 12. März. „Daily News“ meldet:
Aufgefangene Funksprüche zwischen einer deutschen Jun-
kenstation und Moskau beweisen für die Verbündeten den
Zusammenhang der spartakistischen Revolutionäre in
Deutschland mit den Bolschewisten in Rußland.

Nationalversammlung.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 2 1/2
Uhr. Zweite Beratung des Sozialisierungsgesetzes. In
§ 1 sind die Worte „unbeschadet seiner persönlichen Frei-
heit“ von der Kommission eingefügt, ebenso die Bestim-
mung, daß die gemeinwirtschaftliche Regelung nur in aller-
dringenden Bedürfnissen durch das Reich erfolgen kann.

Abg. Voegler (Deutsche Bp.): Meine Fraktion legt
gegen die Kommissionsbeschlüsse, welche nach unserer Über-
zeugung für die gesamte deutsche Volkswirtschaft verberb-
lich sind und den Wiederaufbau unserer Wirtschaft hem-
men oder gar ausschließen werden, Verwahrung ein. Wir
wollen keine revolutionäre Entwicklung. Was aber in den
Vorlagen erstrebt wird, ist eine revolutionäre Entwid-
lung, für die wir die Verantwortung ablehnen.

Abg. Dr. Bachmair (Demokrat): Von einer revolu-
tionären Entwicklung kann nicht gesprochen werden. Wir
werden rechtzeitig abzustoppen wissen. Wir erhoffen von
dem Gesetze eine verhöhnende Wirkung. Der § 2 öffnet die
Türen zur Sozialisierung so weit, daß wir, da wir keine
Sozialisten sind, ihm nicht zustimmen können. Wenn wir
trotzdem dem Gesetze als Ganzem zustimmen, so leitet uns
dabei die Erwägung, daß zum Sozialisieren in jedem Falle
ein besonderes Gesetz notwendig ist, dessen Annahme in
unserer Hand liegt.

Abg. Burlage (Zentrum): Zu § 2 hält meine Partei
daran fest, daß eine Enteignung nur gegen angemessene
Entschädigung stattfindet. Von Kommunismus kann keine
Rede sein. Die Abänderungsanträge sind für uns unan-
nehmbar. Wir wollen den Arbeiter in seinem Empor-
streben unterstützen.

Abg. Dr. Cohn (Unabh. Soz. Partei): Wir lehnen die
Verantwortung für die Vorgänge in Lichtenberg ab.
Etwas sozialistischer Geist steckt ja in dem § 2. Aber wir
glauben nicht an die Ausführung des Gedankens.

Von dem Abgeordneten Auer und Genossen geht der
Antrag ein, in § 2 die Worte „gegen angemessene Ent-
schädigung“ zu streichen. Hierzu verlangt die Deutsche
Volkspartei namentliche Abstimmung.

Abg. Braun-Nürnberg (Soz. Partei): Selbst wenn die
Herrn von der Rechten an die Regierung kämen, müßten
sie heute von der Privatwirtschaft abweichen. Wir wollen
die Überführung der Werte in den Besitz der Gesellschaften.
Die Arbeiter müssen Anteil an dem Gedeihen der Unter-
nehmungen erhalten, damit sie wieder Freude am Mit-
machen haben. Auch wir betrachten den Gesetzentwurf lediglich
als ein Rahmengesetz. Den Entschädigungsanspruch
lehnen wir ab. Wir sehen in dem Gesetze nur den Anfang
zu großen Taten, die unsere Wirtschaft einer besseren Zu-
kunft entgegenführen.

Abg. Dr. Becker-Hess (D. Bp.): Nicht sachliche, son-
dern politische Gründe haben das Gesetz veranlaßt, das
haben alle Redner anerkannt. Wir glauben nicht daran,
daß das Gesetz wirklich Ruhe und Frieden bringen wird.
Wir lehnen es daher ab.

Abg. Dr. Traub (Deutschnatl.): Wir stehen am End-
punkt der deutschen Volkswirtschaft, wenn das Gesetz
angenommen wird. Diese Neuordnung wird zu einer Ver-
schärfung der Friedensbedingungen führen. Das ganze
Gesetz bedeutet nur eine Sicherstellung der sozialdemo-
kratischen Macht im Wirtschaftsleben. Ich befürchte die große
Enttäuschung der Arbeitermassen, wenn sich die großen
Versprechungen der Sozialdemokratie nicht verwirklichen
lassen.

Reichswirtschaftsminister Wiffel: Auf den Vorwurf,
daß wir in einer Zeit der Erschöpfung an die Einführung
einer neuen Wirtschaftsordnung herangehen, erwidere ich,
in unserer Zeit hat kein Privatunternehmen noch den An-
spruch darauf, private Verdienste zu erreichen, sobald es
das Wohl der Allgemeinheit erfordert, daß es in ihren
Besitz übergeführt wird. Die Regierung hat die Ver-
pflichtung und sorgt von der Sozialisierungsbefugnis, die
ihre in diesem Gesetz übertragen wird, Gebrauch zu machen.
Zu § 4 liegen Abänderungsanträge der Deutschen
Volkspartei, der Deutschnationalen und der Unabhängigen
Sozialdemokraten vor.

Abg. Schiele (Deutschnatl.): der § 4 hängt wie ein Da-
mofleischwert über Tausenden von Betrieben. Es wird
eine tiefe Verteuerung der durch die Sozialisierung be-
troffenen Produktion entstehen. Wir verlangen, daß aus-
drücklich Grund und Boden von dem Gesetz ausgenommen
werden.

Zu § 5 begründet Abg. Kraut (deutschnatl. Partei) einen Antrag, das Inkrafttreten des Gesetzes für die be-
legten Gebiete auszuweichen, damit die Feinde nicht Gelegen-
heit haben, diese Betriebe als Staatsgut für sich in An-
spruch zu nehmen. Ein deutsch-nationaler Antrag will
dem Gesetz die Überschrift „Gemeinwirtschaftsgesetz“ geben.
— Damit ist die zweite Beratung erledigt. Nächste
Sitzung Donnerstag, 10 Uhr. Gesetz über russische Zah-
lungsmittel, Sozialisierungsgesetz, Kohlenwirtschaftsgesetz.
— Schluß 3/9 Uhr.

Kirche und Schule.

* Die Konferenz der Westfälischen Diasporageistlichen
findet in diesem Jahre am 10. und 11. Juni in Pader-
born statt. Sie wird in anbetrach der gegenwärtigen
Lage wichtige Beratungen pflegen.

* Kultusministerium und Neuordnung zwischen Staat
und Kirche. Einen bemerkenswerten Aufschluß hierüber
geben die Ausführungen des Schriftstellers Dieterich,
der als Beauftragter des Kultusministeriums gegenwärtig
auch in westdeutschen Städten Vorträge hält. Während er
für Erhaltung des Vermögens der Kirchen und für all-
mählichen Abbau der bisherigen staatlichen Zuschüsse ein-
tritt, sollen den Kirchen die Steuerfreiheit und das Steuer-
recht als nicht mehr zeitgemäße Vorrechte genommen und
ke ihres bisherigen Charakters als Körperschaft des öffent-
lichen Rechts entkleidet werden. Diese letztgenannten
Pläne werden bis tief in die linksstehenden Kreise erheb-
lichen Bedenken begegnen; es wird ohne jede Frage bei
solchen einschneidenden Maßnahmen mit einem so starken
Widerstande des evangelischen wie katholischen Volksteils
zu rechnen sein, daß es fraglich erscheint, ob jetzt in Deutsch-
land die gewaltsame Entfesselung eines so tiefgehenden
Reinigungskampfes am Platze ist. Als etwas sehr wesent-
liches kommt noch hinzu, daß die Kirchen bei Aufhebung des
Steuerrechts mit ihren mannigfachen Bedürfnissen ganz von
selbst in eine starke Abhängigkeit von den wohlhabenden
Schichten, also vom Kapital gebracht werden. Der allseitig
erfreute Charakter als freie Volkskirche würde damit von
vornherein gefährdet, wenn nicht ganz in Frage gestellt
sein. Ob das beabsichtigt ist, wohl kaum!

* Die Sammlung von Unterschriften für die Beibehal-
tung des Religionsunterrichts hat bis Ende Februar zu
folgendem vorläufigen Ergebnis geführt: Aus der preuß.
Landeskirche 1 300 000 Unterschriften, aus dem übrigen
Deutschland 1 200 000, zusammen über 2 1/2 Millionen. Die
Zahl der Unterschriften wird sich bis zum Schluß der
Sammlung (15. April) noch ganz erheblich steigern, so daß
sie sich zu einer Art Volksabstimmung im größeren Stil
gestaltet.

* Bemerkenswerte Beschlüsse in Württemberg. Im Ver-
fassungsausschuß wurden folgende Grundrechte ange-
nommen: Der Religionsunterricht ist ordentliches
Lehrfach. Bei seiner Gestaltung steht der Kirche das
Recht der Mitwirkung zu. Die evangelische und katholische
Kirche und ihre Gemeinden sind Körperschaften des öffent-
lichen Rechts, sie sind berechtigt, ihre Mitglieder auf Grund
der bürgerlichen Steuerlisten zu besteuern. Anderen
Religionsgemeinschaften können diese Rechte nur durch
Gesetz verliehen werden. Die Religionsgemeinschaften
ordnen ihre Angelegenheiten selbständig innerhalb der
Schranken der Gesetze.

Verschiedenes.

Die deutschen Offiziersverluste im Weltkriege.

Das Militärwochenblatt Nr. 82 vom 19. Januar gibt
über die deutschen Offiziersverluste folgende Zusammen-
stellung:

	Aktive	Beurlaubten-	Inaktive
		stand	geschätzt
Am 1. 8. 14 vorhanden	19 826	29 230	20 000
Zugang im Kriege	14 525	137 700	—
zusammen	34 351	166 930	20 000
hiervon tot	12 500	22 229	1 447
vermißt (wahrscheinl. tot)	940	1 895	68
zusammen	13 440	24 124	1 515
verwundet	19 004	32 339	1 275
Gesamtverluste	32 444	56 463	2 790
	v. H. 91,7	38,8	13,9

Diese Verluste sind erschütternd. Insbesondere die aktiven
Offiziere haben schwer gelitten. Nur 5. v. H. kehrten

unverwundet zurück. Der geschworene Treueid wurde in
wahrhaft erschütternder Weise eingelöst und tausendfach mit
dem Tode besiegelt.

Letzte Nachrichten.

Elässischer Widerspruch gegen Frankreichs Gewalt- maßregeln.

Bern, 12. März. Ein höherer eläss-lothringischer
Geistlicher und ausgezeichneter Kenner der eläss-lothrin-
gischen Verhältnisse erklärte einem Vertreter des „Echo de
Paris“, man solle in Frankreich wissen, daß man im Eläss
unbedingt darauf dringe, die deutsche Sprache beizubehal-
ten. Die militärischen Schulaufsicher gehen zu überstürzt
vor, ebenso ist man zu schroff bei den Ausweisungen. Man
vergibt, daß fast jeder Elässer deutsche Verwandte hat.
Es gibt zahlreiche Mischehen, deren Glück man vernichtet.

Zur Beschränkung der deutschen Wehrmacht.

Frankfurt a. M., 12. März. Die „Kfz. Ztg.“ mel-
det aus Basel: Wie „Havas“ aus Paris meldet, teilt der
„Temps“ mit, daß man Deutschland eine Frist von zwei
Monaten einräumen werde, damit es sich seinen neuen
militärischen Verhältnissen, wie sie von der Konferenz be-
schlossen seien, anpassen könne.

Die Lebensmittelversorgung Europas.

mtb. (Bur. d. Vorl. Reg.) London, 12. März. Der
Pariser Korrespondent des „Daily Telegraph“ erfährt von
der amerikanischen Friedenskommission, daß zur Verfor-
gung Europas dreihunderttausend Tonnen Lebensmittel
monatlich notwendig seien. Diese Lebensmittel werden zu-
erst hauptsächlich aus Weizen und Fleisch bestehen. Der
größte Teil davon kommt aus den Nordweststaaten Ameri-
kas. Der oberste Wirtschaftsrat wird alles nur Mögliche
tun, um Deutschland mit Lebensmitteln zu versorgen,
aber es wird bei der Lebensmittelversorgung kein Vor-
rang eingeräumt werden.

Für den Inhalt verantwortlich: B. Kraus, Betzel.
Druck und Verlag: Druckerei Betzel bei Bielefeld, Bernstr. 11, Amt Bielefeld.

Neue Liederhefte für dreistimmigen Frauenchor.

Herausgegeben von Karl Duwe.

Preis einzeln 35 Pfg., 10 Hefte 3,00 Mark
und 10%, Teuerungszuschlag, Porto und Verpackungs-
gebühr außerdem.

1. Zwanzig geistliche Volkslieder ... 6.—16. Tausend
2. Zwanzig deutsche Volkslieder ... 3.—5. „
3. Lobt froh den Herrn ... 3.—6. „
4. Du meine Seele, singe ... 1.—2. „

Die schon gut eingeführten und vielfach warm
empfohlenen Hefte bringen neben einer Auswahl
Bach'scher geistlicher Gesänge unsere schönsten
Lieder auf alle kirchlichen und außerkirchlichen Feste
und Feiern in schönen, leicht singbaren Bearbeitungen.

Verlagshandlung der Anstalt Bethel
bei Bielefeld.

Gute Erzählungen aus der Ukraine!

Die Vorgänge im früheren russischen Kaiserreich, besonders in der
jetzigen Ukraine, werden in Deutschland mit großem Interesse verfolgt.
Sicherlich werden darum die in der Ukraine spielenden
Romane von P. G. Keller (G. Schell) sehr noch mehr als sonst schon
gern gelesen werden, ist er doch aus eigener Anschauung einer der besten
Kenner und treffendsten Schilderer der Menschen und Zustände in Süd-
russland und der Krim. Die hier angelegten drei Bücher werden
daher nicht nur durch die spannende Handlung, sondern auch durch die
glänzende Schilderung erfreuen, durch die wir mit dem Leben deutscher
Kolontisten, russischer Siedler, Tataren, Juden und Eigennern bekannt
gemacht werden.

Ein Fahrenhöft.

Erzählung aus Russland. Eleg. gebunden nur 5.—
„Das Buch erscheint in 5. Auflage, braucht also keine Empfehlung.
Keller schildert mit dem ihm eigenen Lebensgefühl Russland mit seiner
Verkommenheit, Völkerei, mit seinem Anarchismus ...“ (Rundschau)

Sein Erbe.

Roman a. d. russischen Leben. 3. Aufl. Eleg. gebunden nur 6.20
„Der Roman spielt in Südrußland und führt in der bekannten Weise
des Verfassers, der dort als deutscher Pastor angestellt war, in die po-
litischen, kirchlichen und sozialen Verhältnisse so anschaulich ein, daß sie
einem beim Lesen näher gerückt und verständlicher werden. Hoch-
traurige Romane, keine Charakterstudien, naturistische Romanis-
tiken u. a. m. haben das Buch weit über die Menge der meisten an-
dern. Wir empfehlen es zur Familienlektüre und versprechen einen hohen
und edlen Genuß.“ (Zimmergrün)

Jadwiga.

Roman a. d. russischen Leben. 2. Auflage. Eleg. geb. nur 4.—
„Unter den Erzählungen Schell's aus Russland nimmt dieser Roman
eine der ersten Stellen ein, durch die man sich einen Eindruck von
russischen Leben, durch den spannenden Fluß der Darstellung, durch die
lebendige Charakterisierung der Hauptgestalten, sowie durch die feine,
flotte Sprache in Erzählung und Dialog.“ (Deutsches Adelsblatt)

Auf alle Preise kommen noch 10%, Teuerungszuschlag.
Porto- und Verpackungsgebühr außerdem zur Anrechnung.
Bestellungen richte man freundlichst an die

Buchhandlung der Anstalt Bethel
Bethel bei Bielefeld.

Gelesen ist erschienen:

Der Weltkrieg

wie wir ihn kommen sahen u. erlebten

Von D. Samuel Jaeger.

300 Seiten. Hübsch gebunden M. 7.50 u. 10%, Teuerungszuschlag.

Der Verfasser weiß anschaulich das allmähliche Heraufsteigen
des gegenwärtigen Weltkrieges zu schildern. Er zeichnet
einerseits ein plastisches Bild von dem langamen Hinabgleiten
der Völker in britische Abhängigkeit, andererseits spiegeln die
Artikel unsere eigenen Erwartungen wider — auch irrtümliche —
die für unser Denken und Fühlen jener Zeit vor Ausbruch des
Krieges kennzeichnend sind. Zum Schluß läßt er die einzelnen
Phasen des Ringens an dem Leser vorüberziehen; mit unserer
Frühjahrs- und des Jahres Sommeroffensive 1918 findet das
Buch vorläufig seinen Abschluß. Alle diejenigen, die des Ver-
fassers Artikel in unserer Monatschrift gelesen haben, werden
gerne zu diesem Werk greifen, das ihnen ein vollständiges
Bild der Ursachen und des Fortschreitens des ungeheuren Welt-
krieges bietet. Die Ausstattung des Buches ist gut.

Bestellungen wolle man freundlichst richten an die
Buchhandlung der Anstalt Bethel, Bethel b. Bielefeld.

Gute Andachtsbücher

empfohlen und zu beziehen durch die

Buchhandlung der Anstalt Bethel b. Bielefeld.

Conrad, D. Dr., Geh. Konf. Rat., Trost und Kraft. 81—40. Tausend, geb. 5.00	Altholz, Gläubig aufwärts, tägliche Hausandachten, gebunden (mit Rosenkranz) 2.80
Clemen, W., Tägliche Andachten. 63.—73. Tausend, geb. 3.25	Altholz, Gläubig aufwärts, in Heinen mit Gebetsbuch 4.00
Marx, Lebendbrot. Tägliche Andachten über das Evangelium Matth. 23. u. den Römer- brief und den Galater, mit Gebetsbuch, Ro- menkranz und 3. Gebetsbuch von D. Hof- mann und Schönbauer, geb. 5.00	Altholz, Gläubig aufwärts, in acht Bänden mit Gebetsbuch 6.00
Spengler, Kleiner Pilgerstab, geb. 6.60	Broder, D. von, Ein feste Burg ist unser Gott, tägliche Andachten in Schriftauszügen mit Anlegung und umfangreicher Familien- chronik, geb. 4.00
Schliemann, Hausandachten nach Luther, Kend, Herberger, G. H. Müller u. a., in Heinen geb. 2.40	Kend, Morgenklänge aus Gottes Wort, eleg. in Heinen gebunden 7.75
Schlein, Tägliche Gebetszeiten, geb. 3.20	Die Bibel für die Hausandacht in drei Jahr- gängen, hübsch gebunden, 1.800
Wurker, Prof. Dr., Hausbrot für evangel. Christen, geb. 4.00	Schäfer, G. H., Andachtsbuch. Im Auftrag der „Deutschen“ herausgegeben. Mit Bildern von D. Richter, Rab. Schäfer und Th. Ger- mann, geb. 6.00
Wurker, Prof. Dr., Abendessen, 36.—32. Tausend, geb. 4.00	Schäfer, G. H., u. G. H. Schönbauer, Schönbauer, Morgen- und Abendandachten, neu bearbeitet von H. Stöbe, in Heinen gebunden 3.60
Wurker, Prof. Dr., Morgen- und Abend- essen, geb. 5.00	

Auf alle Preise, die nach dem gegenwärtigen Stand angegeben sind und unter Umständen noch erhöht werden
dürften, kommt noch ein Teuerungszuschlag von 10% zur Anrechnung. Porto und Verpackung anheben.



Verwendet „Kreuz-Pfennig“ Marken
zu 1, 2, 5 und 10 Pfennig und
„Kreuz-Pfennig“ Feldpostkarten zu 2 Pf.
Wo am Orte nicht zu haben, sende man sich
an das Zentralkomitee der Deutschen Vereine vom
Rosen Kreuz, Abt. XIV, Berlin W. 35, Am Karlsbad 23.
Postfach 1000, Berlin W. 35, 1000 Berlin W. 35.



Bohnerwachs
hat wieder vorrätig
Adolf Mühlentweg, Bielefeld

Ein gutes und billiges tägliches Andachtsbuch!

Statt M. 3.85 nur M. 2.40
u. 10%, Teuerungszuschlag.
Größere Posten zu ent-
sprechenden Vorzugspreisen.
Porto und Verpackungskosten
außerdem.

Aus dem Wasser Siloah,

das stille gehet.

Hausandachten nach der Ord-
nung des Kirchenjahres,
bearbeitet von
P. W. Schliemann.
724 Seiten, hübsch in Ganz-
leinwand gebunden.

Andachtsbücher sind knapp und
vielfach sehr teuer geworden, bei
teilweise recht geringer Ausstattung.
Hier ist noch ein gutes Werk in
guter Ausstattung zu billigen
Preisen. Es läßt die alten Bücher zu-
erst kommen, die Luther, Joh.
Kend, Valentin Herberger, Martin
Möller, G. H. Müller, Joh. Herber-
u. a. enthält also gesunde, fröhliche
Geisteskräfte, Lebenskraft für hun-
gertausende Menschen. Der Andacht steht
ein Vortext voran, ferner Angabe
des Tages für Gebet, ein kurzer
Biblischtext in fester Schrift, dann
folgt die eigentliche Betrachtung und
ein kurze Gebet, also alles, was
man zur Hausandacht nötig hat.
Die Schrift der Betrachtung ist groß
und gut lesbar, auch für weniger
gute Augen, ohne zu groß zu sein.
Wir machen jeden Hausvater, na-
mentlich aber die Herren Pfarrer
auf das billige Buch aufmerksam;
für die Postportage eignet es sich
besonders gut.

Bestellungen wolle man freundlichst
richten an das

Antiquariat der Anstalt
Bethel, Bethel b. Bielefeld.

Gesangbücher

Bielefelder und Gütersloher Aus-
gabe, in einfachen und feinen
Einbänden, auch in acht Bänden
mit Gebetsbuch, empfiehlt die
Buchhandlung der Anstalt Bethel
bei Bielefeld.

Wiederverkäufer erhalten
Rabatt.
